

VERFASSUNGSSCHUTZ

**JAH  
RES  
BERI  
CHT  
1995**

Antifaschistisches Pressearchiv und  
Bildungszentrum Berlin e.V.  
Falckensteinstraße 46, 109 Berlin  
Tel./Fax: 030 611 62 49  
Blz.: 100 500 00/Kto-Nr.: 0670917



# Liebe Leserinnen und Leser,

der Verfassungsschutzbericht für 1995 kann Ihnen in diesem Jahr in knapper und präziser Form schon recht früh vorgestellt werden. Er enthält, das werden Sie schnell feststellen, mit deutlichem Schwerpunkt Aussagen zum politischen Extremismus im Lande Mecklenburg-Vorpommern. Dieser und die künftig folgenden Jahresberichte werden als Beilage zu einem „VS-aktuell“-Journal zum Thema Verfassungsschutz erscheinen. Dieses Journal wird bis zu dreimal jährlich herausgegeben und aktuell über die Gefährdungslage durch politischen Extremismus im Land Mecklenburg-Vorpommern berichten. Darüber hinaus werden Hintergrundinformationen, Interviews und Fakten rund um das Thema Verfassungsschutz angeboten, die auch den Leser unter dem Motto „die Nachfrage bestimmt das Angebot“ in die Gestaltung dieses Heftes mit einbinden möchten. Ich hoffe, daß dieses zusätzliche Angebot an Information und Transparenz angenommen wird.

Die Beobachtung des Rechtsextremismus war auch 1995 wieder eine der wesentlichen Aufgaben für den Verfassungsschutz. Trotz eines leichten Anstiegs gegenüber 1994 liegt die Anzahl der im Vorjahr in Mecklenburg-Vorpommern verübten rechtsextremistischen Gewalttaten deutlich unter den Werten der Jahre 1992 und 1993. Der Bericht zeigt aber auch, daß statistisch gesehen Mecklenburg-Vorpommern dem bundesweiten Trend geringerer Zahlen bei Gewalttaten mit rechtsextremistischer Motivation nicht folgt. Dies ist schlimm und bedarf weiterer, intensiver Maßnahmen aller gesellschaftlich relevanten und verantwortlichen Institutionen.



Die bereits erwähnte Statistik weist aus, daß die Steigerung fast ausschließlich in der Zunahme fremdenfeindlicher Gewalttaten zu suchen ist. Gerade aus dieser Bewertung wird ersichtlich, daß trotz einer Vielzahl unterschiedlichster und umfangreicher Kampagnen gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit deren Botschaft offensichtlich immer noch nicht in vollem Umfang verstanden worden ist: *Ein friedliches, gleichberechtigtes Miteinander in der Gesellschaft, unabhängig von Herkunft oder Staatsangehörigkeit, von Hautfarbe oder religiösem Bekenntnis muß zur Selbstverständlichkeit werden.*

Menschenrechte sind zeitlos gültige Grundwerte. Jeder, der dies aus ideologischen, rassistischen oder kriminellen Motiven heraus in Frage stellt, fordert den demokratischen Rechtsstaat mit all' seinen Schutzinstrumenten heraus.

Beobachtungsschwerpunkt des Verfassungsschutzes im Bereich des Linksextremismus waren auch 1995 Bestrebungen des gewaltbereiten Potentials. Hierzu zählen linksterroristische Gruppierungen ebenso wie militante Autonome. Bundes- und landesweit erhöhte sich die Zahl der Personen, die dem autonomen gewaltbereiten Spektrum zugerechnet werden müssen. Die Anzahl der linksextremistisch motivierten Gewalttaten ist ebenso wie im rechtsextremistischen Spektrum – nachdem

sie 1994 deutlich gesunken war – wieder angestiegen. Der Grundwiderspruch der Autonomen: Humane Ziele, aber linksextremistische Gewalt mit kriminellen und gesellschaftsschädigenden Aktionsformen ist dadurch erneut deutlich geworden.

Die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) ist vom 9. April 1992 bis zum 18. Januar 1996 Prüffall meiner Verfassungsschutzabteilung gewesen. Die „Kommunistische Plattform“ (KPF) der PDS ist in der Folge als Beobachtungsobjekt eingestuft worden. Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen bei der „Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen“ (AG JG) in und bei der PDS werden geprüft. Nach gegenwärtigem Stand haben sich dagegen keine tatsächlichen Anhaltspunkte für linksextremistische Bestrebungen nach § 5 i.V.m. § 6 (1) Landesverfassungsschutzgesetz für die Landesorganisation der bundesweit agierenden PDS bestätigt. Daher wird die Gesamtpartei PDS in Mecklenburg-Vorpommern nicht mehr vom Verfassungsschutz beobachtet.

Insgesamt läßt sich auch für 1995 sagen, daß die freiheitliche demokratische Grundordnung weder durch extremistische Bestrebungen von rechts noch von links konkret gefährdet worden ist. Nach wie vor können jedoch diese gesamtgesellschaftlich verschwindenden Minderheiten nicht einfach ausgeblendet werden. Die staatliche Ordnung wird sich im Interesse der friedliebenden demokratischen Bürger des Landes allen erkannten extremistischen Tendenzen entgegenstellen.

Rudi Geil  
Der Innenminister des Landes  
Mecklenburg-Vorpommern

Schwerin, 18. März 1996



## 1.1 Lageüberblick

■ In Mecklenburg-Vorpommern war die Lage 1995 durch drei wesentliche Entwicklungsrichtungen geprägt:

- Zahlreiche Gewalttaten mit überwiegend fremdenfeindlichem Bezug gingen wie in den Vorjahren von meist sehr jungen, der Subkultur des militanten Rechtsextremismus entstammenden Tätern, aus. Im Gegensatz zum übrigen Bundesgebiet nahmen die Gewalttaten leicht zu.
- Dagegen wies die Neonazi-Szene – die im Unterschied zu den meisten militanten Rechtsextremisten ideologisch gefestigter erscheint – weitgehend Parallelen zur Szene im Bundesgebiet auf:

Die Neonazis setzten ihre aktions- und themenbezogene politische Arbeit fort. Dabei wird die Bildung offizieller Strukturen vermieden, um möglichen Verbotsmaßnahmen aus dem Wege zu gehen. Die Nutzung moderner Kommunikationsmittel (Mobiltelefone, Personalcomputer) ist zur Selbstverständlichkeit geworden. Vereinzelt waren Ansätze zu beobachten, für vermutlich terroristische Aktionen logistische und konzeptionelle Voraussetzungen zu schaffen. Über einen internen Diskussionsprozeß ist man offenbar aber noch nicht hinausgekommen.

- Die rechtsextremistischen Parteien im Lande zeigten sich weiterhin nicht in der Lage, funktionierende Strukturen zu errichten. Sie waren und sind gelähmt durch

innerparteiliche Spannungen und finanzielle Probleme. Die Mitgliederzahlen stagnieren oder sind rückläufig. Außerdem fehlt diesen Parteien gegenwärtig jeglicher Rückhalt innerhalb der Bevölkerung.

- Die Gesamtzahl der Personen, die in Mecklenburg-Vorpommern in rechtsextremistischen Personenzusammenschlüssen aktiv sind, dürfte entsprechend der hiesigen Erkenntnislage bei ca. 1000 liegen. Bundesweit ist erneut auch 1995 ein deutlicher Rückgang gegenüber 1994 (56.600) zu verzeichnen<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Das Bundesamt für Verfassungsschutz behält sich erste Angaben zu bundesweiten Zahlen für 1995 vor. Der Vergleich Bund/Länder erfolgt daher in einer späteren Ausgabe des Journals „VS-aktuell“.

### 1.1.1 Militante Rechtsextremisten – insbesondere Skinheads

- Die vorsichtige Aussage im Vorjahr, daß auf dem Gebiet rechtsextremistisch motivierter Straftaten trotz eines zweijährigen Rückgangs der Zahlen noch keine Entwarnung angebracht sei, hat sich im Jahre 1995 als zutreffende Entwicklungsprognose erwiesen. Nach Angaben des Landeskriminalamtes MV wurden 1995 insgesamt 644 Straftaten mit gesicherter oder zu vermutender rechtsextremistischer Motivation registriert (1994: 483). Es ist daher für dieses Jahr ein Anstieg festzustellen, wobei die Masse der Straftaten (414) sog. Propagandadelikte sind, deren Hintergründe oft unklar bleiben.

Bedenklich stimmt die Zahl der Gewalttaten gegen Leib und Leben

und schweren Sachbeschädigungen: 98 Straftaten gegenüber 78 in 1994. Davon richteten sich 59 (im Vorjahr 39) gegen Asylbewerber und sonstige Ausländer, was einen Anteil von über 60% aller Gewalttaten 1995 ausmacht (1994 betrug dieser Anteil ca. 52%).

- Der Anstieg um 20 Gewalttaten im Jahre 1995 gegenüber 1994 ist somit ausschließlich auf fremdenfeindliche Delikte zurückzuführen. Bundesweit war im Berichtszeitraum ein Absinken der Zahl der Gewalttaten zu verzeichnen. Insofern ist für das Land Mecklenburg-Vorpommern ein gegenläufiger Trend festzustellen.

Auffällig zugenommen haben Angriffe auf – meist türkische – Imbißstände, die anscheinend als Ersatzobjekt für die an Zahl geringeren werdenden Asylbewerberheime dienen und die zugleich belegen, daß sich die Ausländerfeindlichkeit in dieser Szene zu einem gängigen Verhaltensmuster verfestigt hat.

Die Zahl rechtsextremistischer Gewalttäter wird in Mecklenburg-Vorpommern, wie bereits 1993 und 1994, auf ca. 500 Personen geschätzt. Bundesweit ist diese Zahl im Berichtsjahr gegenüber 5400 im Jahre 1994 angestiegen.

- Die folgende Grafik zur regionalen Verteilung rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten zeigt teilweise recht auffällige Verschiebungen des Gewalttaten-Geschehens. Während sich in Rostock, Ludwigslust und Uecker-Randow, Schwerpunktgebieten rechter Gewalt des Vorjahres, die Lage eindeutig beruhigt hat, entwickelten sich Gebiete wie Ostvorpommern, Nordwestmecklenburg und die Stadt Neubranden-







sich die rassistisch motivierte Gewalt gegen Fremde in unserem Land fort.

■ Auch 1995 stieg die Zahl der Gewalttaten im Frühjahr wieder stark an: Mit der Wetterverbesserung erhöhte sich die Gewaltbereitschaft.

■ Mehrere Zwischenfälle (Schlägereien, Angriffe auf Camper, Zeigen des „Hitlergrußes“), die sich in den Sommermonaten besonders auf Zeltplätzen der Insel Poel ereigneten, beunruhigten die Bevölkerung. Wenn auch vereinzelt Anhaltspunkte für eine rechtsextremistische Motivation bei diesen Vorfällen erkennbar waren, so ergab sich bei näherer Betrachtung in den seltensten Fällen ein tatsächlicher rechtsextremistischer Hintergrund.

■ Die Handlungsursachen lagen nach hiesiger Einschätzung eher im sozialen Bereich. Vielfach fehlende Freizeitmöglichkeiten und Neid auf die vermeintlich wohlhabenden Urlauber, die von den einheimischen Jugendlichen als Eindringlinge empfunden werden, führten vermutlich zu Frustrationen, die z.T. in Gewalt umschlugen. Das von der einheimischen Jugend in den betroffenen Gebieten offenbarte ausgeprägte „Revierdenken“ stimmt jedoch nachdenklich, da die pauschale Ablehnung alles „Fremden“ durchaus ursächlich für die Herausbildung rechtsextremistischer Denkstrukturen sein kann. So nimmt es nicht Wunder, daß an einigen der in Rede stehenden Gewalttaten auch bekannte Rechtsextremisten beteiligt waren.

## 1.1.2 Organisierter Neonationalsozialismus (Neonazis)

■ Nach dem Verbot der meisten neonazistischen Organisationen seit 1992 scheint eine Neuformierung der Neonazi-Szene in Mecklenburg-Vorpommern, zu der nach neueren Erkenntnissen ca. 120 Personen gerechnet werden müssen, Fortschritte zu machen. Verbindungen wurden in die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Brandenburg und Berlin festgestellt.

■ Angestrebt wird eine Art Netzwerk, das „Kameradschaften“ gemeinsames Handeln ohne offizielle Struktur ermöglichen würde. Damit soll ein staatlicher Zugriff verhindert werden: Eine Strategie, die bisher – ungeachtet der Gegenmaßnahmen von Polizei-, Justiz- und Verfassungsschutzbehörden – mit einigem Erfolg betrieben wurde. Zu dieser Strategie gehört eine rigorose Abschottung von Veranstaltungen, wie z.B. Sonnenwendfeiern, durch technische (Funktelefone) und organisatorische Maßnahmen (konspirative Anreise, keine strafbaren Handlungen, Ausschluß von unzuverlässigen Teilnehmern, Durchführung auf Privatgelände).

■ Wehrsportübungen sowie das Zirkulieren von Waffen und Sprengmitteln in der Szene belegen die latente Gewaltbereitschaft der Neonazis. Auch werden immer wieder Diskussionen über die Aufnahme des bewaffneten Kampfes gegen das „Haßobjekt“ demokratischer Rechtsstaat geführt. Umsetzbare Terrorismuskonzeptionen wur-

den jedoch noch nicht erkannt. Trotzdem bedarf dieser Komplex einer besonderen Beobachtung, um das mögliche Entstehen rechtsterroristischer Strukturen schon im Keime ersticken zu können.

■ Die „Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG), eine neonazistische Organisation, die sich die Betreuung von inhaftierten Rechtsextremisten zum Ziel gesetzt hat, konnte 1995 in Mecklenburg-Vorpommern wieder einige Mitglieder gewinnen. Insgesamt wird die Zahl der HNG-Mitglieder in MV allerdings auf weniger als 20 geschätzt. Das „Internationale Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige“ (IHV), das ähnliche Aktivitäten wie die HNG entfaltet und teilweise in Konkurrenz zu ihr stand, blieb nach dem vermutlich taktischen Rückzug (drohender Prozeß) des in Rheinland-Pfalz ansässigen bisherigen Leiters im Sommer 1995 in MV weitgehend inaktiv.

■ Weitere Kontakte einzelner Gruppen innerhalb des Landes, bundesweit und auch in das Ausland belegen zwar keine regelrechte Vernetzung, aber doch eine rege Kommunikation innerhalb der Neonazi-Szene. Oftmals stehen diese Kontakte in der personellen Kontinuität verbotener Organisationen, wie z.B. der „Direkten Aktion/Mitteldeutschland“ oder der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“<sup>2</sup>.

<sup>2</sup> siehe Jahresbericht 1994



## 1.1.3 Rechtsextremistische Parteien (ohne Neonazis)

■ Bundesweit sind die Mitgliederzahlen der rechtsextremistischen Parteien stark rückläufig; bei Wahlen können die temporären Erfolge der letzten Jahre nicht mehr erreicht werden.

■ Wie in den Vorjahren gelang es den rechtsextremistischen Parteien in Mecklenburg-Vorpommern auch 1995 nur in Ansätzen, Strukturen auf- bzw. auszubauen. Abgesehen von wenigen Flugblattverteilaktionen und Interessentenveranstaltungen traten sie in der Öffentlichkeit kaum in Erscheinung. Das von diesen Organisationen verbreitete Gedankengut findet weiterhin in der Bevölkerung nur sehr geringen Anklang.

Die rechtsextremistischen Parteien im einzelnen:

### „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

■ Der NPD gelang es als einziger Partei aus dem rechtsextremistischen Spektrum, in weiten Teilen des Landes Kreisverbände aufzubauen (Schwerin, Ludwigslust, Rostock/Bad Doberan, Greifswald, Stralsund und Neubrandenburg).

■ Aufgrund einer hohen Mitgliederfluktuation in diesem Spektrum und nur sehr weniger aktiver Anhänger, stagniert die Mitgliederzahl trotz temporärer Zuwächse weiterhin bei ca. 100. Entsprechend sind nur wenige Kreisverbände aktiv und arbeitsfähig.

■ Mitte 1995 wurde der langjährige Landesvorsitzende durch einen ehemaligen Funktionär der Partei „Die Republikaner“ (REP) ersetzt, aber auch dieser mittlerweile wieder abgesetzt. Am 25. Februar 1996 wurde ein neuer Landesvorsitzender gewählt.

■ Der Bundesvorsitzende Günter DECKERT verlor im September 1995 vorübergehend seine Ämter. Man warf ihm undurchsichtiges Finanzgebaren im Zusammenhang mit verschiedenen NPD-Erbschaftsangelegenheiten vor. Er verbüßt zur Zeit eine zweijährige Haftstrafe, u.a. wegen der Leugnung des „Holocaust“, wurde aber wieder in seine Ämter eingesetzt.

### „Junge Nationaldemokraten“ (JN)

■ Die Jugendorganisation der NPD, „Junge Nationaldemokraten“ (JN), tritt weiterhin durch ihre Kontakte in den Neonazibereich weit radikaler in Erscheinung als die NPD und mißachtet damit Abgrenzungsbeschlüsse der Mutterpartei. Jüngsten Meldungen zufolge gibt es im Rostocker Raum Bestrebungen, JN-Strukturen aufzubauen; bislang war jeder Versuch in dieser Richtung allerdings gescheitert.

### „Deutsche Volkunion“ (DVU)

■ Im August 1995 wurde ein neuer Landesvorstand gewählt, nachdem der alte Vorstand im wesentlichen durch Untätigkeit aufgefallen war. Die (inaktive) Landesvorsitzende wurde durch einen Funktionär aus dem Osten des Landes ersetzt. Die Strukturen der DVU im

Landes beschränken sich auf wenige Ortsverbände im Bereich Rostock und Wismar. Politisch ist diese Organisation ohne Bedeutung. Die Mitgliederzahl dürfte unter 50 liegen.

### „Die Republikaner“ (REP)

■ Die Partei „Die Republikaner“ (REP) befindet sich weiterhin in einer Zerreißprobe, die von erheblichen Mitgliederverlusten, finanziellen Schwierigkeiten und programmatischen Differenzen geprägt ist. Die Anhängerzahl liegt unter 200. Der langjährige Bundesvorsitzende und Mitbegründer der REP, SCHÖNHUBER, trat wegen angeblicher Anbiederungsversuche der REP an etablierte Parteien aus der Partei aus. Neuer Bundesvorsitzender ist seit Dezember 1994 Dr. Rolf Schlierer.

### „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH)

■ Die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH), der einzelne Personen aus MV angehören, ist im Landes ohne Struktur und ohne jede politische Bedeutung.

## 1.2. Rechtsextremistische Publikationen

■ Rechtsextremisten agitieren in ihren Publikationen in oft aggressivem Ton vorwiegend gegen die angebliche Entstehung einer multikulturellen Gesellschaft in Deutschland. Aus Angst vor „Überfremdung“, die der Verwirklichung der



„völkischen Idee“ zuwiderlaufe, werden Juden und Ausländer scharf attackiert.

■ Besonders 1995 wurden antisemitische Hetzschriften an staatliche Einrichtungen und politische Funktionsträger im gesamten Bundesgebiet verschickt.

■ So ist beispielsweise Anfang Februar 1995 eine 84seitige Schrift „Deutsches Manifest“ Repräsentanten der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern zugeleitet worden, in der in volksverhetzender Weise u.a. die historische Entwicklung des jüdischen Volkes beschrieben wird.

■ Es müßten Asylantenheime, Aufnahmehäuser, Ausländerheime, Moscheen und Synagogen brennen. 1933 hätte Adolf Hitler der Menschheit den Weg zur Rettung aus der hebräischen Umklammerung gezeigt – die Antwort der Juden sei der 2. Weltkrieg gewesen und die seither in Gang befindliche Ausrottung des Deutschtums. Der Kampf gelte dem Volk der Hebräer.

■ Ähnliches Schriftgut, z.T. in den USA hergestellt, ist auch dem Innenminister des Landes zugesandt worden. Eine von ihm erstattete Anzeige führte zur Festnahme eines mutmaßlichen Verfassers dieser Hetzschriften mit Wohnsitz in den Vereinigten Staaten.

### 2. Linksextremismus/ Linksterrorismus

#### 2.1. Lageüberblick

- Beobachtungsschwerpunkt der Behörden für Verfassungsschutz im Bereich des Linksextremismus waren Bestrebungen des gewaltbereiten Potentials. Zu diesem Personenkreis werden linksterroristische Gruppierungen sowie militante Autonome gezählt. Während terroristische Bestrebungen im Gegensatz zum übrigen Bundesgebiet im Lande bisher nicht registriert wurden, erhöhte sich sowohl bundes- als auch landesweit die Zahl der Personen, die dem autonomen Spektrum zugerechnet werden. Landesweit ist dieses Potential aber immer noch vergleichsweise gering.<sup>3</sup>
- Ein weiteres Aufgabenfeld der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern waren die „Revolutionären Marxisten“, die sich allesamt – je nach politischem Standpunkt in unterschiedlicher Intensität und Ausprägung – auf die Lehren von MARX, ENGELS und LENIN berufen. Dazu kann das Bekenntnis zu anderen linksextremistischen „Klassikern“ wie STALIN, Mao TSETUNG oder TROTZKI kommen. Einig ist man sich in dem Willen zur Überwindung der herrschenden Gesellschaftsform unter revolutionären Klassenkampfbedingungen und deren Ablösung durch eine „Diktatur des Proletariats“, die den Weg zum Kommunismus weisen soll. Erfolge – selbst in

bescheidenem Rahmen – sind jedoch auch 1995 ausgeblieben.

<sup>3</sup> vgl. Fußnote 1

#### 2.2. Linksterrorismus

■ Auf Bundesebene verübte die „Rote Armee Fraktion“ (RAF) 1995 keine Anschläge; die Lage dürfte sich durch die Haftentlassungen weiterer Inhaftierter weiter entspannt haben. An ihrer Stelle traten aber andere Gruppierungen mit Anschlägen gegen Einrichtungen und Funktionsträger des Staates auf den Plan.

■ Die im linksextremistischen Lager deutlich kritisierte „Antiimperialistische Zelle“ zeichnete 1995 außerhalb des Landes für vier weitere, überwiegend personenbezogene Anschläge verantwortlich.

■ Am 13. Juni 1995 erfolgte unter Leitung der Generalbundesanwaltschaft ein bundesweiter Zugriff gegen mutmaßliche Mitglieder bzw. Unterstützer linksterroristischer Gruppen sowie gegen die vermeintlichen Herausgeber und Verbreiter der linksterroristischen Schrift „radikal“. Durchsucht wurden über 50 Wohnungen und sonstige Objekte im gesamten Bundesgebiet, darunter ein Wohnhaus in Mecklenburg-Vorpommern. Vier Verdächtige des linksextremistischen Spektrums wurden außerhalb des Landes festgenommen.

■ Am 25.02.1996 gelang es der Polizei, zwei mutmaßliche AIZ-Mitglieder in Witzhave bei Hamburg festzunehmen.



■ In **Mecklenburg-Vorpommern** diente der 2. Todestag des am 27. Juni 1993 in Bad Kleinen bei einer polizeilichen Zugriffsaktion ums Leben gekommenen mutmaßlichen RAF-Terroristen Wolfgang GRAMS ca. 15 überwiegend jugendlichen Sympathisanten als Anlaß, auf dem Bahnhof in Bad Kleinen für wenige Stunden zu demonstrieren. Die geringe Beteiligung war für die Szene enttäuschend.

### 2.3. **Militante Autonome/ Die Lage in Mecklenburg- Vorpommern**

■ Mit „Autonomen“ beschäftigen sich die Verfassungsschutzbehörden im Bundesgebiet seit ca. 15 Jahren. Sie geben sich als undogmatische Basisbewegung und grenzen sich gegenüber Ideologien des Marxismus, Sozialismus und Kommunismus bewußt ab. Ihr Ziel, **nachdem** „das System“ zerschlagen ist, findet sich in einer herrschaftsfreien Gesellschaft, in der die Parole „keine Macht für niemand“ gilt. Gewalt ist Bestandteil des autonomen Selbstverständnisses, die zumeist aus örtlichen, unstrukturierten, eher unverbindlichen Szenen (**nicht** Gruppen) heraus verübt wird.

■ 1995 hat die Zahl der Gewalttaten aus diesem Spektrum jedoch weiter deutlich abgenommen. Die **Zielsuche**, um die eigene Antihaltung massiv und gewaltsam ausleben zu können, ist auch 1995 nicht beendet worden.

■ In **Mecklenburg-Vorpommern** können ca. 200 Personen der Autonomenszene zugerechnet werden, von denen ca. 50 Angehörige den sogenannten „harten Kern“ bilden<sup>4</sup>. Dazu kommt noch ein Umfeld aus der linken (Punk-)Szene, welches zahlenmäßig allerdings nur schwer eingrenzbar ist. Die Städte Rostock, Neubrandenburg, Greifswald und Schwerin sowie (geringer ausgeprägt) Wismar, Stralsund und Ludwigslust sind hierbei hervorzuheben.

■ Das ländlich geprägte Flächenland Mecklenburg-Vorpommern stellt insbesondere im Vergleich mit Großstädten wie Berlin und Hamburg kein bevorzugtes Aktionsgebiet für Autonome dar.

■ Mit 46 linksextremistisch motivierten Straftaten<sup>5</sup> ist im Vergleich zum Vorjahr (47 Straftaten) tendenziell ein Gleichstand zu verzeichnen. Dennoch hat sich die Zahl der von der Verfassungsschutzbehörde gesondert erfaßten Gewalttaten<sup>6</sup> mit 21 im Berichtsjahr in Analogie zum Vorjahr (14 Gewalttaten) um ein Drittel erhöht, während bundesweit die Gewalttaten um fast ein Fünftel gegenüber 1994 zurückgegangen sind.

■ Die Mehrzahl der Straftaten einschließlich der Gewalttaten richteten sich gegen Angehörige der rechtsextremistischen Szene.

<sup>4</sup> Vgl. Fußnote 1

<sup>5</sup> laut kriminalstatistischer Erfassung durch das Landeskriminalamt MV

<sup>6</sup> aus der Straftatenstatistik des LKA MV gesondert erfaßte Gewalttaten

■ Die Taten verteilten sich regional wie folgt:

#### **Kreise:**

Bad Doberan:	1
Güstrow:	2
Ludwigslust:	2
Ostvorpommern:	1

#### **Kreisfreie Städte:**

Rostock:	6
Neubrandenburg:	4
Greifswald:	3
Wismar:	2

### 2.3.1. **Überregionale Aktivitäten**

■ 1995 konnten häufiger als 1994 überregionale Kontakte, Verbindungen und Aktivitäten der linksautonomen Szene des Landes beobachtet werden. So nahmen hiesige Autonome an Kongressen in Berlin und Leipzig teil. Einige Angehörige des militanten Spektrums beteiligten sich an den „Chaostagen“ in Hannover im August 1995.

■ Anlässlich einer im November 1995 angemeldeten und behördlich verbotenen Kurden-Demonstration in Köln befanden sich unter den von der Polizei in Gewahrsam genommenen Personen auch Teilnehmer aus Mecklenburg-Vorpommern.

■ Festzustellen ist jedoch auch, daß sich die militanten linksextremistischen Szenen bei bürgerlichen Protestaktionen in Mecklen-



burg-Vorpommern, die erfahrungsgemäß im militanten Spektrum der alten Bundesländer einen hohen Mobilisierungsschub bewirken, weniger aktivieren ließen. So konnten bislang weder gravierende Störungen im Zusammenhang mit dem Bau der A 20 noch besondere Aktivitäten gegen den „Castor-Transport“ seitens dieses Spektrums verzeichnet werden.

### 2.3.2. Linksextremistische Medien

#### Mailboxen

■ Moderne Kommunikationssysteme werden von Linksextremisten im allgemeinen und Autonomen im speziellen zur szeneeinternen Agitation und Mobilisierung genutzt, wie beispielsweise das Mailboxsystem „Spinnennetz“. Dieses System ermöglicht Dialoge mit anderen Personen und Gruppierungen mit linksextremistischem Hintergrund in mehreren europäischen Ländern und den USA.

#### Autonomenschriften

■ Während 1994 noch mehrere Auflagen der Autonomenschriften „in ALLERhand“ aus Neubrandenburg sowie der „die neue Widerstand“ der Schweriner Antifa erschienen, konnten 1995 nur noch eine Sonderausgabe der „in ALLERhand“ und eine Ausgabe der „Widerstand“ festgestellt werden. Häufigeres Erscheinen wird aber angestrebt.

#### Infoläden

■ Als kommunikative Anlaufpunkte dienen sogenannte „Infoläden“, wie die bekannten Infoläden „Flüstern und Schreien“ in Rostock und „Stunk“ in Neubrandenburg.

#### Ermittlungsausschüsse

■ Bei Problemen mit der Polizei (Festnahmen, Vernehmungen, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen, usw.) stehen von der linksextremistischen Szene ausgewählte Juristen den Betroffenen zumeist telefonisch zur Verfügung, gewährleisten Rechtsberatung und vermitteln bei Bedarf Anwälte. 1995 verdichteten sich erstmals Anhaltspunkte für das Bestehen eines Ermittlungsausschusses auch in Mecklenburg-Vorpommern.

### 2.4. Revolutionäre Marxisten/ orthodoxe Kommunisten

#### 2.4.1. „Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)

■ In Mecklenburg-Vorpommern ist weiterhin von wenigstens sechs Ortsgruppen (u.a. Rostock, Wismar, Güstrow, Saßnitz) mit ca. 20 Mitgliedern auszugehen. Die MLPD<sup>7</sup>-Mitgliederzeitschrift „Lernen und kämpfen“ berichtete in ihrer Ausgabe Nr. 9/95 von der Konstituierung einer Ortsgruppe in Tessin, der zuvor lediglich der Status eines „Stützpunktes“ zugeschrieben worden war. Anlässlich der traditionellen MLPD-Feiern zum 1. Mai be-

richtete das Parteiorgan „Rote Fahne“ von einer Veranstaltung in Rostock, die angeblich von 24 Personen besucht wurde, sowie von einem ersten öffentlichen Auftreten in Waren<sup>8</sup>.

■ Überregionale Bedeutung im Land hat immer noch das Schulungszentrum der MLPD in Alt Schwerin am Plauer See, das auch 1995 für zahlreiche Seminare, Konferenzen und Einzelveranstaltungen genutzt wurde.

■ Wie in den Jahren zuvor, fanden dort die Jugend- und Kinderfreizeitlager des REBELL [MLPD-Jugendorganisation] und der „Rotfüchse“ [MLPD-Kinderorganisation] statt.

■ Nach Eigenangaben der Partei nahmen an den jeweils drei Freizeitlagern in dem betreffenden Zeitraum 400 Jugendliche und Kinder (aus 21 Städten und 5 verschiedenen Nationen) teil, wobei, wie es heißt, besonders stark Besucher aus Skandinavien vertreten gewesen seien<sup>9</sup>.

■ Schließlich demonstrierten Freizeit-Teilnehmer des REBELL am 15. August anlässlich einer ersten öffentlichen Vereidigung in Mecklenburg-Vorpommern und des internationalen „Kriegseinsatzes“ der Bundeswehr „antimilitaristisch“ und „internationalistisch“ in Güstrow<sup>10</sup>.

<sup>7</sup> zum politisch-ideologischen Standort: siehe Verfassungsschutzbericht Mecklenburg-Vorpommern 1994, S. 51-53

<sup>8</sup> Vgl. „Rote Fahne“ Nr. 18 vom 6. Mai 1995, S.12f.

<sup>9</sup> Vgl. „Rote Fahne“ Nr. 28 vom 15. Juli 1995, S.19; REBELL (-Jugendmagazin) Nr. 4 vom 26. August 1995, S.16

<sup>10</sup> Vgl. „Rote Fahne“ Nr.34 vom 26. August 1995, S.11



### 2.4.2. „Kommunistische Partei Deutschlands“-Ost (KPD-Ost)

Die „Kommunistische Partei Deutschlands“-Ost (KPD-Ost), die sich – in Tradition zur KPD der Weimarer Republik und als Erbin von LIEBKNECHT, THÄLMANN und PIECK verstehend – 1990 in der damaligen DDR „wiedergründete“ und zu deren Parteimitgliedern Erich HONECKER bis zu seinem Tod gehörte, existiert in Rostock mit einer Landesorganisation, entfaltete aber keine außenwirksamen Aktivitäten.

### 2.4.3 „Kommunistische Plattform“ (KPF) der PDS

Die seit Ende 1989 aktive „Kommunistische Plattform“ (KPF) der PDS (bundesweit rund 5000 Mitglieder) ist auch im Jahre 1995 als in die Mutterpartei integrierter „dogmatisch“-linksextremistischer Strömungszusammenschluß in Land und Bund auffällig geworden. Auf der 2. Tagung der 6. KPF-Bundeskonferenz (=Parteitag) am 25./26. Februar 1995 in Berlin wurden mit Wolfgang BURMEISTER, Ingo HÖHMANN und Stephan SCHMIDT drei Landesfunktionäre aus Mecklenburg-Vorpommern in das höchste Organ der KPF, den 24-köpfigen Bundeskoordinierungsrat, gewählt<sup>11</sup>. Am 8. April wurde in der PDS-Landesgeschäftsstelle in Schwerin eine „Landeskonferenz“ der KPF Mecklenburg-Vorpommern abgehalten<sup>12</sup>. In einem „Positionspapier“ unterstreicht die KPF ihre gegen den Normen- und Wertebe-

stand des demokratischen Verfassungsstaates gerichtete Zielrichtung. So bezeichnet man sich als „bewußt und kritisch“ im Erbe von MARX, ENGELS, LENIN, LUXEMBURG und LIEBKNECHT stehend und befürwortet u.a. ein Bündnis zur „Organisierung von Widerstand“ sowie „systemüberwindende(r) Veränderung“ einschließlich einer Vergesellschaftung von Grund und Boden und einer Ersetzung der Vertreterdemokratie durch „Formen direkter Demokratie“<sup>13</sup>.

<sup>11</sup> Vgl. „Mitteilungen“ der Kommunistischen Plattform der PDS, Heft 3/1995, S.20

<sup>12</sup> Vgl. „Offenes Blatt“, Nr. 3, März/April 1995, S.2

<sup>13</sup> Vgl. „Offenes Blatt“, Nr. 4, April/Mai 1995, Beilage für die Landeshauptstadt Schwerin, S.4

### 2.4.4 „Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen“ (AG JG) in und bei der PDS

Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen im Hinblick auf die „AG Junge GenossInnen in und bei der PDS“ (bundesweit rund 500 Mitglieder) ergaben und ergeben sich aus ihrer „undogmatisch“-linksextremistischen Zielrichtung, d.h. z.B. ihrem ausgeprägten „Antiparlamentarismus“ sowie ihrer Funktion als Bindeglied zum autonomen Spektrum, was u.a. die Bereitschaft, Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung nicht grundsätzlich auszuschließen, beinhaltet.

In Mecklenburg-Vorpommern ist die Existenz einer „AG Junge GenossInnen Schwerin e. V.“ und einer „Junge GenossInnen Rostock“ bekannt. In einem von letzteren

herausgegebenen Faltblatt „Sozialismus“ (innerhalb einer Faltblattreihe) werden Positionen vertreten, die in ihrem ideologischen Gehalt an die der „dogmatisch“-kommunistischen KPF erinnern. Nach dem PDS-Landesparteitag im Januar 1995 machten die „Junge GenossInnen Rostock“ deutlich, daß „ihnen die Zügeständnisse der PDS an das etablierte bürgerliche System entschieden zu weit“<sup>14</sup> gehen.

Überregionale Aktivitäten entfalteten die „AG Junge GenossInnen“ aus Rostock und Schwerin in ihrer Eigenschaft als Veranstalter und Teilnehmer einer von Linksextremisten dominierten „Basiskonferenz“ am 2./3. Dezember 1995 in Berlin unter dem Titel „Wie anti-kapitalistisch kann die PDS sein?“. So nahmen aus Mecklenburg-Vorpommern außerdem die „AG Cuba-si“ (der PDS) sowie KPF-Mitglieder teil. Diese Konferenz, deren Teilnehmerzahl auf bis zu 100 beziffert wurde, verabschiedete schließlich eine Resolution, die den PDS-Vorstand „zu regelmäßigen Gesprächen mit der Parteiführung der in den alten Bundesländern seit fast 30 Jahren etablierten 'Deutschen Kommunistischen Partei' (DKP) und anderen kommunistischen und linken Organisationen“ auffordert<sup>15</sup>.

<sup>14</sup> Zitat nach Neues Deutschland vom 23. Januar 1995

<sup>15</sup> Vgl. die Anzeige in Junge Welt vom 25./26. November 1995 sowie Junge Welt vom 9./10. Dezember 1995, Neues Deutschland vom 11. Dezember 1995

### 2.4.5 Trotzkismus

In Mecklenburg-Vorpommern ist bis heute eine Gruppe der „Sozia-



listische Alternative VORAN" (SAV - bundesweit ca. 300 Mitglieder) sowie eine Ortsgruppe der SAV-gesteuerten Jugendorganisation „Jugend gegen Rassismus in Europa“ (JRE - bundesweit ca. 1100 Mitglieder) in Rostock aktiv. Von einer weiteren JRE-Ortsgruppe muß in Ludwigslust ausgegangen werden.

■ Aktivitäten der „Sozialistische Arbeitergruppe“ (SAG- bundesweit ca. 250 Mitglieder) mit Außenwirkung wurden 1995 im Lande nicht festgestellt, wengleich Ortsgruppen in Rostock und im Raum Neubrandenburg mit zusammen rund 15 Personen weiterhin bestehen.

#### 3. Verfassungsschutz durch Aufklärung

■ Mit dem Ziel, „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ zu betreiben, sind auch 1995 wieder verschiedene Maßnahmen durchgeführt worden, um die Öffentlichkeit über extremistische Bestrebungen und die Arbeit des Verfassungsschutzes zu informieren.

##### Vortragsveranstaltungen

■ Die vom Verfassungsschutz angebotenen Vortragsveranstaltungen wurden rege in Anspruch genommen. Zuhörer waren vor allem Schüler und Schülerinnen des Landes (insgesamt aus 55 Klassen), aber auch von Polizei und Bundeswehr wurden Referenten der Verfassungsschutzbehörde eingeladen.

##### Informationsmaterialien

■ Die Herausgabe von Informationsmaterialien zählt zu einem fe-

sten Bestandteil der Aufklärungsarbeit. 1995 sind zwei Broschüren erschienen:

- Broschüre „Skinheads“ (Auflage: 3.000 St.)
- Verfassungsschutzbericht 1994 (Auflage: 3.000 St.)

■ Informationsmittel sind zu beziehen über das:

**Innenministerium  
Mecklenburg-Vorpommern  
- Pressestelle -  
Arsenal am Pfaffenteich  
19048 Schwerin**

##### Bürgerdraht

■ Wer sich näher über den Verfassungsschutz informieren, Informationsmaterialien beziehen oder Referenten für Vorträge anfordern möchte, kann die Verfassungsschutzabteilung über die Telefonnummer:

**(0385) 71 44 37**

erreichen.

##### Ausstellung

##### „Demokratie - aber sicher !“

■ Die bereits 1994 in Zusammenarbeit der für die Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes zuständigen Referate aller neuen Bundesländer konzipierte Wanderausstellung „Demokratie - aber sicher!“ wurde vom 01. - 29. März 1995 erstmals in Mecklenburg-Vorpommern im Schweriner Schloß der Öffentlichkeit vorgestellt.

■ Rund 9.000 Besucher des Schloßmuseums hatten die Möglichkeit,

sich mit den Themen Grundrechte, Gefahren des Extremismus und der Rolle des Verfassungsschutzes auseinanderzusetzen sowie Einzelgespräche mit dem betreuenden Fachpersonal zu führen.

■ Vom 16. bis 27. Oktober 1995 hatten ca. 460 Schüler und Schülerinnen von Real- und Gesamtschule, Wirtschaftsakademie und Teilnehmer von Berufsbildungslehrgängen die Gelegenheit, die Ausstellung an einer Realschule in Neubrandenburg zu sehen und intensiv mit „Verfassungsschützern“ zu diskutieren.

##### FAIRSTÄNDNIS Kampagne

■ 1995 beteiligte sich Mecklenburg-Vorpommern erneut an der 1993 gestarteten Kampagne „FAIRSTÄNDNIS - Menschenwürde achten - Gegen Fremdenhaß“, mit der die Innenminister von Bund und Ländern Zeichen für ein friedliches Miteinander setzen wollen und für Toleranz und Verständnis werben.

■ Präsentiert wurde die „FAIRSTÄNDNIS-Kampagne“ im Spätsommer 1995 auch im Rahmen einer mehrwöchigen POPTOUR der Deutschen Bahn AG, die durch mehrere Orte der Bundesrepublik führte.

■ Beim ersten Halt des POPTRAIN am 24. August 1995 auf dem Schweriner Bahnhof war die Verfassungsschutzbehörde Mecklenburg-Vorpommern mit einem Informationsstand und Ansprechpartnern vertreten.



Herausgeber:  
Innenministerium  
Mecklenburg-Vorpommern  
Arsenal am Pfaffenteich  
19048 Schwerin

Gestaltung & Satz:  
Cicero Werbeagentur,  
Rostock

Druck:  
cw Obotritendruck GmbH,  
Schwerin

